



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Unsere Wahlforderungen.

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hatte, ist aufgelöst. Die seitdem verflochtenen Jahre haben uns wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. Und während Siegesübermut in Gemeinschaft mit Separatisten ganze Gebiete von Deutschland loszureißen droht, erhob im Osten, Norden und Süden der Aufruhr sein Haupt, um das republikanische Deutschland zu stürzen und die Militärmonarchie der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Bayerns Regierung machte sich zur Stütze dieser

hochverräterischen Umtriebe,

bis sie selber fürchten mußte, hinweggerissen zu werden, und den Aufruhr unterdrückte. Fast täglich erscheinen dagegen die kommunistischen Versuche zur Erneuerung revolutionärer Erhebungen in Mitteldeutschland und Hamburg, denen die Reichsregierung mit dem ganzen Schwergewicht der Diktatur entgegengetreten ist, während sie den nationalsozialistischen Hochverrätern gegenüber verlagte. In diesem Chaos außenpolitischer Vergewaltigung und innerer Verrohung, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammenfassung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob

Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch

sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtslosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik

muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegesgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch wertvolle Arbeit.

Nicht Waffen, — nur friedliche Arbeit

Kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Republik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbaut.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind

deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schranken-

loser Ausbeutung verweist, anstatt sie durch Schutzleistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften

die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten einen auskömmlichen Lebenslohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verweist den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch

einen nachdrücklichen Preisabbau

und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine geregelte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besizhenden die selben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechtes

als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmäleretes Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteilung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungswesen macht die beschleunigte Förderung des Wohnungsbauwesens zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Erträgen der allmählichen Mietaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften

einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Macht-politiker zunichte gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet, für eine Zukunft, in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Kollegen und Kolleginnen! Verbreitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, beprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

Um die Lohnerhöhung im Buchdruckgewerbe.

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe belieben jetzt die primitivste Form der Lohnverhandlungen. Sie ist so einfach, daß ein Kind, das nur immer nein sagt, die Vertretung der Prinzipale übernehmen könnte. Wohlgegründeten Forderungen der Arbeiterschaft sehen sie einfach ein Kopfschütteln entgegen. Das ist so die Art, wie man Bettlern begegnet, „wir geben nichts“, und damit glauben sie der Form genügt zu haben. Wogu sie da noch einen ganzen Apparat von Provinzprinzipalen und juristischen Beiräten aufbieten, ist unverständlich. Irdenwelche Anstrengungen, für ihre Weigerung plausible Gründe anzuführen, machen die Herren nicht. Sie nehmen wahrscheinlich an, das nicht mehr nötig zu haben. Ihnen schwebt das Bild vom Fürsten und Untertan der guten alten Zeit vor, der Souverän bestimmt und befiehlt und das Volk hat zu gehorchen. Nachgiebigkeit würde ihnen — das haben die wirklichen und eingebildeten Herrscher stets befristet — als Schwäche ausgelegt werden. So leben die Unternehmer, vorläufig noch, in einem Reich der Träume und denken auch weiterhin manchen langen Schlaf zu tun.

Am 26. März fanden sich die Vertragsparteien gegenüber, um über den Antrag der Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes, den Spitzenlohn auf 35 Mk. wöchentlich zu erhöhen, zu einem Beschluß zu kommen. Leicht wurde dem Gehilfenredner die Begründung, da er mit Recht für die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung auch die Anerkennung der Unternehmer voraussetzen mußte. Er verzichtete daher auf eine längere Beweisführung für den Antrag auf Lohnerhöhung und führte nur kurz die Gründe an, die zur Stellung dieses Antrages gezwungen haben. Unsere Mitglieder wissen, was ihnen das Leben schwer macht, welche neue Aufgaben und Preise gefordert werden, so daß wir die Anführung der Einzelheiten uns sparen können. Aus der kurzen und doch erschlöpfenden Beweisführung war außerdem die interessante Tatsache zu entnehmen, daß es in manchen anderen Gewerbe mit den Löhnen flott aufwärts geht, in der Kartonnagenindustrie — um nur ein Beispiel zu erwähnen — sind die Löhne um 15 Proz. aufgebessert worden.

Der Redner sowie alle Vertreter auf Arbeiterseite hatten aber die Unternehmer zu hoch eingeschätzt. Sie sahen gar nichts ein und wählten von keiner Anerkennung. Sie sahen in ihrer Entgegnung das alte Ciapoppe von „Ramm-nicht“ und „Geh-nicht“ das unserer Vertreter schon wie der Bananenschlager zum Halse herauskommt und Uebelbefinden verursacht. Sie wundern sich auch diesmal wieder, daß eine so hohe Forderung, die weit über den Friedenslohn hinausgeht, gestellt worden war, sie halten angenommen, daß eine bessere Begründung für diese Lohnerhöhung gegeben werden müsse. Da sie die gute Konjunktur im Gewerbe nicht recht abstreiten konnten, verkrochen sie sich hinter den fadenheimgeligen Vorwand, die Gehaltsliste sei sehr unterschiedlich, besonders im besetzten Gebiet und in Leipzig könne von einer guten Konjunktur nicht die Rede sein. Nachdem sie dann noch beantragt hatten, den jetzigen Lohn bis zum Ablauf des Manteltarifs bestehen zu lassen, waren sie geistig völlig erschöpft und warteten nun darauf, ob ihnen die Arbeitervertreter nicht neuen Spiritus zur Weiterführung der Debatte liefern würden.

Damit hatten die Unternehmer aber kein Glück und durften sich zum zweiten Male wundern, als ihnen trocken gesagt wurde, wenn das ihr Standpunkt ist, dann machen die Arbeitervertreter Schluss. Da sahen die Herren fest und schnappten nach Luft. Sie trauten noch eine Zeit lang in ihrer alten Kiste herum, fanden aber nichts Brauchbares mehr unter dem abgetragenen Plunder, den sie bei jeder Verhandlung mitbringen und für ausgeben wollen. Auf ihre alte Behauptung, der Arbeiter müsse 53 Stunden arbeiten, um sich erhalten zu können, der Lohn für 48 Stunden könne nicht ausreichend sein und die gute Konjunktur sei von der Verlängerung der Arbeitszeit abhängig, wurde ihnen nichts mehr erwidert. Gegen Grammophonplatten kann man keine Reden halten. Als sie auf die Folgen ihrer beschämenden Handlungsweise noch einmal ernsthaft aufmerksam gemacht wurden äußerte ihr Vertreter in überhebender Unternehmerart, sie ließen sich absolut nicht beirren.

Der zweite Antrag über die Sonderzulage im besetzten Gebiet hatte das selbe Schicksal. Der Prinzipalvertreter des Kreises 2 nannte die Entscheidung des Schlichters am 4. März einen Beschluß, der bei den Prinzipalen große Entrüstung hervorgerufen habe. Die Unternehmer sind bekanntlich immer sehr ungelassen, wenn sie zahlen müssen, das überlassen sie am liebsten anderen. Am besten Gebiet des Kreises 2 haben die Prinzipale eine besonderes Gehalt, Zahlungen, die ihnen zufließen, auf andere Kreise abzuwälzen. Während der Ruhrbelegung münzten sie den armen Mann, der wörtl. zugrunde gehen muß, wenn er erhobene Löhne zahlen soll. Sie erreichten damals auch, daß die

Sonderzulagen für die Personale aus den Töschern der Steuerzahler bezogen wurden. Sie selbst erklärten dafür keinen Pfennig. Nun müssen und jammern sie über die 20 Proz. und sieben durch einen rechtshändigen Vertreter bei diesen Verhandlungen erklären, daß eine Lohnerhöhung von ihnen wirtschaftlich nicht getragen werden könne. Als besondere Leistung des Kreisverretters der Prinzipale verdient festgehalten zu werden, daß die Sonderzulage eine „Wohltat“ darstelle, wofür die Arbeiter dankbar sein müßten. Die Arbeiter sind leider so verblödet und bezogen keine Dankbarkeit, weil sie sich einbilden, der Unternehmer könnte noch mit viel größeren Wohltaten herausrücken, ohne daß sein Profit sonderlich geschmälert würde. Man begegnet sogar der Auffassung in Arbeiterkreisen, der Unternehmer müsse verunglücken, jedenfalls würde es ihm sehr dreifach gehen, würden die Arbeiter nicht für ihn kämpfen. Eigentlich sei der Unternehmer es, der sich dankbar gegen seine Arbeiter erweisen müsse, weil die ihm das Geld, mit dem er breittätig „Wohltaten“ ausstellt, erst erarbeitet. Bei dieser Verhandlung wurde auch der Beweis dafür erbracht, daß die Prinzipale einen Teil des wirklich erarbeiteten Lohnes in ihre Taschen stecken. Die beantragte Verringerung in der Bezahlung der berechnenden Geher, bei denen von jeder über das Minimum verdienten Mark der Unternehmer 40 Pfennig behält, zeigte mit Deutlichkeit, wie es mit unsern geracht denkenden Prinzipalen und ihren „Wohltaten“ bestellt ist. Sie nehmen, wo und von wem sie kriegen können. Sie waren mit Aufhebung dieser Ungerechtigkeiten natürlich nicht einverstanden, sondern werden in einer Kommission die Angelegenheit in den nächsten Wochen „regeln“.

Die ganze Tagung zeigte von Beginn bis Ende ein von den Unternehmern aufgeführtes erbärmliches Schauspiel. Die Leiter und Rechtskundigen des DDB als Akteure und die „Proving“ als aufmerksame kritische Zuschauer, die das Ensemble schon zur Redensfähigkeit zielehen und nichtig abtanzeln werden, wenn etwas nicht klappt. So mühen und quälten sich mit fürchterlichen Dialogen und Wortverrenkungen diese armen Darsteller ab, um ihrem Publikum aus der Provinz zu gefallen. Und doch werden sie zum Schluß ausgepfiffen werden.

Nach der Verhandlung hatten die Arbeitervertreter eine mehrtägige Sitzung, um über die nun erforderlichen tatsächlichen Maßnahmen zu beraten. Ueber Einzelheiten aus dieser Zusammenkunft kann hier nicht berichtet werden. Beschlossen wurde, nachstehenden Aufsatz an die Mitglieder in den Organen zu veröffentlichen, der den Gau- und Ortsverwaltungen bereits zugegangen ist.

An die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe!

Wiederum sind die Lohnverhandlungen der Ergebnislos verlaufen. Der Forderung der Arbeitervertretung auf eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne lehnte die Prinzipalität die Erklärung entgegen, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nicht vorliege. Sie seien im Gegenteil der Auffassung, daß sich das Gewerbe erst noch weiter erholen müsse. Infolgedessen verlangte der Prinzipal, das gegenwärtige Lohnverhältnis bis zum 31. Mai bestehen zu lassen. Die Arbeitervertretung lehnte diesen Standpunkt entschieden ab, weil sowohl die Höhe der Druckpreise wie die jetzige Geschäftslage die beantragte Lohnerhöhung voll rechtfertigt. Da letztendliches Entgegenkommen nicht mehr befeindet wurde, war damit der Abbruch der Verhandlungen gegeben.

Die Organisationsleistungen werden die erforderlichen Schritte unternehmen, um der Arbeiterschaft des Gewerbes zu der dringend notwendigen Verbesserung der Löhne zu verhelfen. Werden weitere Maßnahmen erforderlich, so ergreifen sofort nähere Verfügungen.

Von der Arbeiterschaft wird erwartet, daß sie in gewerkschaftlicher Disziplin und Geschlossenheit hinter den Organisationsleistungen steht.

Die Organisationsvorstände.

Am 2. April fanden dann erneut Verhandlungen statt unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichters, Reichswirtschaftsgerichtsrats Dr. Königberger.

Die Ausführungen der Arbeitervertreter wurden bei diesen Verhandlungen als Apatationsreden von den Unternehmern gewertet, unsere Vertreter sollten vor dem Schlichter mit Stimmungen überbietet haben. Der Höhepunkt der ganzen dialektischen Prinzipalstunde bestand in der Behauptung, daß die Arbeiter 90 Proz. der Friedenslöhne ver-

dienen. Der Redner der Unternehmer vergah nur anzugeben, wie tief der Profit der Prinzipale unter dem Friedensstand steht. Das wäre ihm auch schwer gefallen. Denn bei der jetzigen Konjunktur machen sich die Buch- und Zeitungsdruckereibesitzer mehr als gesund.

Die Einigungsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis, so daß der Schlichter folgenden Spruch fällt:

„Mit Rücksicht auf die im Buchdruckgewerbe vorliegenden besonderen Verhältnisse wird für die Zeit vom 29. März bis 31. Mai 1924 der Spitzenlohn auf 30 Goldmark festgesetzt.“

Die Verbilligung der Produktion.

Arbeitszeitverlängerung und Verkürzung erfolgen im Namen der Verbilligung der Produktion. Gegenüber diesem Lösungswort müssen alle anderen Argumente schweigen. Gelingt es den Unternehmern, vollends den „Beweis zu erbringen“, daß die Produktion und die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Kopiquote zurückgegangen ist, so haben sie den Prozeß gewonnen. Sie haben Zahlen an der Hand, und der Gegenbeweis, daß die Produktion vielleicht überhaupt nicht gelungen ist oder aber der Rückgang aus anderen Gründen als mangelnder Arbeitsintensität erfolgte, ist schwer zu erbringen. Und dennoch steht die Sache ganz anders, als die Unternehmer und ihre Presse der öffentlichen Meinung Tag für Tag einschärfen wollen.

Der volkswirtschaftliche Sinn der Verbilligung.

Die Verbilligung der Produktion muß dem Zweck dienen, die Warenpreise mit dem Einkommen in Einklang zu bringen; sind doch die Waren infolge der mangelnden Kaufkraft der verarmten Väter unverkauflich. Die Preise der Industrieprodukte müssen noch besonders mit Hinsicht auf die Agrarpreise der großen Agrarländer (Vereinigtes Staaten, Rußland zum Teil auch Deutschland) gesenkt werden, um das Mißverhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen aufzugeben und die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu steigern. Damit dient die Verbilligung der Produktion der Steigerung des Beschäftigungsganges, der Verminderung der Arbeitslosigkeit. Dann aber ist die Verbilligung der Produktion notwendig, um konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu bleiben. Wenn ein Land, zum Beispiel England, die Schweiz oder Österreich auf die Ausfuhr besonders angewiesen ist, wovon aber, wenn es, wie Deutschland, Reparationen zahlen muß, wie schließlich nur durch vermehrten Export möglich ist, so wird die Konkurrenzfähigkeit seiner Konkurrenzfähigkeit noch mehr nicht tun. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit der verbilligten Produktion. Die angeführten Momente schließen jedoch bereits die Antwort darauf ein, welche Mittel zur Verbilligung der Produktion am wenigsten geeignet sind. Das Kaufkraftargument spricht gegen die Lohnverbilligung als Mittel zur Produktionserbilligung, da diese für den Kauf berechneten Einkommen sinken. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bezieht sich auf den Bereich mit der Produktion anderer Staaten und spricht daher gegen die Arbeitszeitverlängerung. Wurde doch die Verkürzung der Arbeitszeit in allen modernen Industrieländern gleichzeitig und in gleichem Maß vorgenommen, und wenn ein einzelnes Land durch Arbeitszeitverlängerung einen Vorsprung gewinnen möchte, so müssen ihm die anderen Länder auf diesem Weg folgen, um den Vorsprung wettzumachen. Auch ist nicht anzunehmen, daß ein deutscher Schwebereport für die Zahlung der Reparationsschulden gebuldet werden wird. Wir sehen doch, daß selbst heute, wo von einem Schwebereport Deutschlands nicht erbetet werden kann, ja im Gegenteil die deutschen Exportpreise vielfach über den Weltmarktpreis liegen, die während der Inflationzeit in vielen Ländern gegen Deutsch und errichteten Dumpingzölle noch weiter bestehen. Was endlich den Beschäftigungsgrad beziehungsweise die Arbeitslosigkeit anbelangt, so ist dies bezüglich in erster Linie die Stabilisierung der Preise, das heißt deren Beständigkeit anzustreben, was die kommenden Krisen am meisten verhüten kann. Und diese Bestrebungen muß der fortwährenden Verbilligung Schranken setzen.

Der Rückgang der Produktion.

Die Produktionsverbilligung bedeutet, daß die auf die Einheit einer Ware entfallenden Produktionskosten geringer werden. Dies ist unter Umständen auch ohne Steigerung der Produktion zu erreichen und in der Tat erfolgte während der Weltwirtschaftskrise die Verbilligung der Produktion durch Schnäherabsetzungen und andere Methoden mit gleich-

zeitiger Einschränkung der Produktion. Die Krise wurde durch eine „Hungertüte“ lanciert, die maßloses Ende auf dem einen Seite, große Profite (denn die Profite waren bei dieser „Verbilligung“ zumeist gleich hoch geblieben) auf der anderen zur Folge hatte. Demgegenüber steht die andere Methode der Produktionsverbilligung durch Mehrproduktion und der dadurch bewirkten Senkung der auf die Einheit der Ware entfallenden Produktionskosten ohne Zweifel höher. Deshalb klingt auch das Argument, daß die Produktion in einem Industriezweig zurückgegangen oder aber die Leistung der Arbeiter gesunken sei, besonders ernst. Die Unternehmer machen von dieser Feststellung einen ausgiebigen Gebrauch, um dadurch für eine Arbeitszeitverlängerung Propaganda zu machen. Oft werden die beiden Tatsachen: Rückgang der Gesamtproduktion und Rückgang der Kopiquote absichtlich (zur Irreführung) vermischt. So zeigt in bezug auf die österreichische Alpine Montanindustrie ein schöner Aufsatz von Johann Schorff in der Zeitschrift „Arbeiter und Wirtschaft“, daß dort zwar die Kopiquote der Arbeitsleistung aus leicht erklärlichen Gründen zurückging, trotzdem aber, infolge der Einführung des Dreifachstehens und aus anderen Gründen, die Gesamtleistung der Betriebe wesentlich gesteigen ist. Die Unternehmerrpropaganda verfaßt es absichtlich, diese Tatsachen aufzuzeigen und auseinanderzusetzen. Es liegt aber auf der Hand, daß bei einer anfälligen Arbeitszeit auf den einzelnen Arbeiter weniger Arbeitsprodukt entfällt als bei einer zwölfwöchigen und trotzdem die viereinhalb Arbeiterzahl mehr erzeugen und den Lohnüberfluß herausarbeiten kann.

Wie die Unternehmer den Produktionsrückgang feststellen.

Weichen wir aber beim tatsächlichen Produktionsrückgang. Die Unternehmer legen ihn in der Regel der Arbeiterschaft zur Last, indem sie die Senkung der Kopiquote aber auf einen Arbeiter entfallenden Leistung feststellen. Diese Feststellung erfolgt sehr einfach: die während einer Periode — zumeist während eines Jahres — erzeugte Produktmenge wird durch die Zahl der beschäftigten Arbeiter dividiert und das Resultat wird als Kopiquote genommen.

Das Internationale Arbeitsamt hat dieser Lage den zweiten und dritten Band seiner Erhebungen über die Produktion veröffentlicht. Der zweite Teil dieser gewaltigen Arbeit beschäftigt sich mit der Leistung der Arbeiter in den betreffenden Industriezweigen und Ländern. In der Einleitung dieses Teiles (Enquête sur la production, Band II, Seite 92 bis 1016) wird diesem Verfahren der Unternehmer eine vernünftige Kritik zuteil. Das Internationale Arbeitsamt erkennt die schlagenden Argumente von Paul Hertz und Richard Seidel in ihrem Buch: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung sowie der Wirkungskurve der „Frankfurter Zeitung“ gegen diese Art der Berechnung der Arbeitsleistung in vollem Umfang an. Die einnehmenden Ausführungen des Direktors des amerikanischen statistischen Amtes für Arbeitsfragen, Ethelbert Howard, werden vom Internationalen Arbeitsamt ebenfalls herangezogen, um die vollständige Unhaltbarkeit dieser Art von Berechnungen, die von den Unternehmern zur Festlegung des Arbeitsvertrages verwendet werden, darzustellen. In diesen Berechnungen kommen nämlich nicht die wirklich in Leistungen des Arbeiters zum Ausdruck, die nur von seiner Arbeitsintensität abhängen. Es wird angenommen, daß er während der ganzen Periode ununterbrochen gearbeitet hat, obgleich doch feststeht, daß die Beschäftigung in der Regel nicht dauernd ist und aus Gründen, die vom Arbeitsamt unabhängig sind, oft unterbrochen wird. Solcher Gründe gibt es eine Menge: Urlaub und Transportverhältnisse usw. Oft werden außerordentliche Arbeiten (Reparaturen, Neuanlagen) vorgenommen oder unangenehme Schicht in Betrieb genommen. Oft wird die Anzahl der nicht direkt produktiv beschäftigten Arbeiter und Angestellten unverhältnismäßig vermehrt, Frauenarbeit im großen Maßstab eingeführt. Die Kopiquote wird aber von den Unternehmern immer so ausgerechnet, daß dabei die Gesamtzahl der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten berücksichtigt, die Menge der Produkte durch die Gesamtzahl der Beschäftigten dividiert wird. Wir können hier den übrigen Fehlerquellen dieser Berechnung nicht nachgehen, sondern müssen auf die Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes verweisen.

Produktion und Arbeitszeit.

Die findende Kopiquote der Produktion wird deshalb betrachtet, um daraus die Forderung nach einer Verbilligung der Arbeitszeit abzuleiten. Kann man aber zeigen,

Der Strom.

Ich kann oft stundenlang am Sitrome stehen, wenn ich entflohen aus der Menschen Bann; er plaudert hier wie ein erfahrener Mann, der in der Welt sich tüchtig umgesehen.

Da schließt er mir seiner Jugend Wehen, wie er den Weg durch Klippen oft gewann, er meint drauf im Sande schier verrann, und jedes Wort führt ich zum Herzen gehen.

Wie wagt er doch so sicher seine Bahn! Bei allem Plänkeln, Hin- und Wiederstreifen vergibt er nie: „Ach muß zum Ozean!“

Du, Seele, nur willst in der Irre schwelven? O tritt ein Kind, doch zur Natur heran und lern die Weisheit aus den Wassern greifen!

Georg Herwegh.

Der Adlerhorst.

Von Björnson.

Endreardene war ein kleines Dörfchen, das ganz abseits für sich inmitten hehrer Felswände lag. Der Talgrund war eben und fruchtbar und wurde von einem breiten flusse durchschnitten, der von den Bergen herabkam. Dieser Fluß ergoß sich in einen großen See, der in der Nähe des Dorfes lag und eine weite Aussicht gewährte.

Den Endreardener hinauf war in seinem Boote der Mann gekommen, der zuerst im Tale die Art an den Le-

wald gelegt hatte; sein Name war Endre gewesen, und seine Abstammung waren es, die jetzt hier wohnten. Es gab Leute, die da behaupteten, er sei wegen einer Blutschuld hierher gestrichelt, darum sei sein Geschlecht so finstlich; andere meinten, das liege an den Felsen, die selbst am Johannisstag sehen um fünf Uhr nachmittags der Sonne den Zutritt verwehren.

Schon über dem Dorf hing ein Adlerhorst, den trug eine Berkluppe oben auf dem Felsen. Alle konnten sehen, wenn das Adlerwölbchen sich löste, doch keiner vermochte hinaufzuklettern. Das Männchen kreiste über dem Dorfe, schon von Zeit zu Zeit auf ein Felslein herab und raubte einmal sogar ein kleines Kind, das er in die Wüste emportrug. Es herrschte ein Gefühl der Unsicherheit im Dorfe, solange der Adler dort oben auf dem Felsberg sein Nest hatte. Im Volksmund lebte die Sage, es hätten einmal vor Zeiten zwei Brüder die Felswand erklimmen und das Räubernezt zerstört; heute war keiner mehr da, der das fertig gebracht hätte.

Wo zwei Leute in Endreardene einander begegneten, sprachen sie von dem Adlerhorst und sahen hinauf. Sehermann wußte, wann die Adler in diesem Jahre wieder angekommen, wo sie herabgeschossen waren und ein Opfer erwischt hatten, und wer zuletzt den Versuch gemacht hatte, zum Horste hinaufzukommen. Die Jugend übte sich von klein auf an Klettern und Bäumen, in Ring- und Faustkämpfen, ein einmal den Horst zu erklimmen und zu zerstören gleich einem zwei Brüdern.

Zu der Zeit, von der hier erzählt wird, galt ein gewisser Leif, der nicht zum Geschlecht der Adler aus der stattlichsten Familie in Endreardene. Er hatte krauses Haar und kleine Augen, war in allen Spielen geschickt und bei den Mädchen beliebt. Er sprach schon als Knabe, daß er einmal zum Adlerhorst emporklettern würde; aber die alten Leute meinten, er solle das nicht so laut sagen.

Das reizte ihn nur, und ehe er noch recht in die reifere Jahre gekommen war, ging er an die Ausführung seines Vorhabens. Es war an einem klaren Sonntagvormittag im Beginn des Sommers; die Jungen mußten gerade ausgebrütet sein. Die Dorfknechte hatten sich in großer Zahl am Fuße des Berges versammelt und sahen ihm zu; die Alten riefen ihm ab, die Jungen ferierten ihn an. Er aber folgte nur seinem eigenen Drange, wartete, bis das Weibchen das Nest verlassen hatte, machte dann einen Sprung und hing in einem Baume mehrere Ellen hoch über dem Erdboden. Der Baum wuchs aus einer kleinen Felsenwand hervor, in dieser began er emporzuklettern. Kleines Gestein löste sich unter seinen Füßen, Schutt und Erde bröckelten nieder, sonst war alles still; nur der Wasserstrom ließ von fern sein rauschendes Brausen vernehmen. Bald wurde die Bergwand steiler, und Leif hing lange an der einen Hand und suchte, ohne hinsehen zu können, nach einem Fatz; viele der Zuschauer, namentlich die Frauen, wandten sich ab und sagten, er hätte das nicht getan, wenn seine Eltern noch am Leben gewesen wären. Schließlich fand er den gesuchten Halt und tastete dann wieder nach dem Fuß, bald mit dem Fuß; es gab unter ihm noch und er glitt zurück, doch er hing gleich wieder fest. Die Leute da unten konnten einander atmen hören.

Da erhob sich eine hochgewachsene junge Maid, die abseits auf einem Stein gesessen hatte; es hieß von ihr, sie habe sich Leif schon von Kindheit an versprochen, obgleich er nicht vom Geschlecht war. Sie streckte die Arme empor und rief:

„Leif, Leif, warum tust du das?“
 „Wieso wandte sich nach ihm um; ihr Vater stand dicht daneben und blickte sie streng an, aber sie sah ihn nicht.“
 „Komm herunter, Leif!“ rief sie; „ich — ich liebe dich, da oben hast du nichts zu suchen!“
 Man sah ihn einen oder zwei Augenblicke überlegen,

daß entweder die Kopfquote in Wirklichkeit nicht gesunken ist oder aber, daß die Gründe des Sinkens in anderen Faktoren der Produktion als der Arbeitsintensität liegen, so wärft das Argument der Kopfquote seine Beweiskraft. Soviel ist jedenfalls gewiß, daß die Rolle dieser anderen Produktionsfaktoren wichtiger ist als die Verteilung der Arbeitszeit, die ja durch arbeits- und betriebstechnische Verbesserungen leicht weltgemacht werden kann. In dieser Richtung werden auch immerfort wertvolle Versuche gemacht. Diese Anlässe müssen entwickelt werden.

Die Verbilligung der Produktion.

Außer der Arbeitszeiterweiterung pflegen als andere Möglichkeiten zur Verbilligung der Produktion Lohnkürzung oder Einschränkung der Profite in Frage zu kommen. Daß durch Lohnkürzungen der innere Absatz eingeschränkt und deshalb die Produktion verteuert, die Volksgesundheit gefährdet wird und soziale Ausbrüche, den Verkauf der Produktion hindern, diese Tatsachen werden nur von einer bornierten sozialen Reaktion nicht berücksichtigt. Die Einkürzung der Profite ist auf der anderen Seite innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nur schwer durchführbar; um so schwieriger, als sie in mannigfaltiger Form verschleiert (zum Beispiel Kapitalverwässerungen, Sündnetzgewinne usw.) werden können; auch besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit einer Kapitalreduktion, die heute aus den Profiten herausgezogen wird. Es gibt auch Industriezweige, wo zeitweise kein namhafter Profit erzielt werden kann. Um so mehr müssen die anderen Faktoren einer Produktionsverbilligung herangezogen und betont werden. In Amerika und England beschäftigen sich große Organisationen mit der Frage der industriellen Wergebung, deren Ergebnisse und Verhältnisse sehr beachtenswert sind; insoweit wir dieselben kennen, befähigen sie vollst. auf ihre Auswertung. Außer den betriebswirtschaftlichen Fragen zur besseren Verwertung der Arbeitskraft, der Maschinen und der Kraftquellen — welche Fragen zum Gegenstand der Betriebswirtschaft gehören sind — können noch Fragen verschiedener Ordnung zur Verbilligung der Produktion beitragen. Als politische sollen hier die Lösung der Reparationsfrage, die Einführung des Freihandels, die internationale Regelung der Rohstoffbeschaffung, erwähnt werden. Die Umgestaltung und Verbesserung der Kreditversorgung, der Beilegung der Wuchertredite allein kann die Produktion mehr verbilligen als eine Lohnkürzung. Die Organisation der kapitalistischen Betriebe in Trusts überschreitet oft, wie das auch in Deutschland der Fall ist — den der Verbilligung der Produktion dienenden Grad. Eine liberale Organisation verteuert — auch abgesehen von der monopolistischen Preispolitik — die Produktion. Die Fragen des Gemeinwells, des Zwischenhandels, die Vernachlässigung der Genossenschaften, die übermäßigen Direktorengehälter und Tanktamen, welche alle bei der Wertuerung mitspielen, sollen hier nur gestreift werden. Wir sehen also, daß zur Verbilligung der Produktion des Zusammenwirkens mannigfaltiger Faktoren notwendig ist. So sehr wir uns auch für diese einsehen mögen, so müssen wir doch dagegen kämpfen, daß hierfür die ungenügendsten und sozial ungerechtesten Mittel verwendet werden.

Die Leipziger Opposition.

Die Leipziger „Opposition“ unseres Verbandes hatte eine ganze Zeit nach dem Ausschließen von Klops erlucht, sachlich zu allen Angelegenheiten der Zahlstelle Stellung zu nehmen. Seit aber die Wahlen zur Ortsverwaltung vor der Tür standen, änderte sie wahrscheinlich auf Befehl ihre Politik. Alle Maßnahmen des Gauvorstandes hatten die Zustimmung der Funktionäre einschließlich der Oppositionellen gefunden. Wollte nun die kommunistische Fraktion dem Gauvorstandsbefehl — Beteiligung aller Nichtkommunisten — nachkommen, mußte sie zu anderen Mitteln greifen. Und die kommunistische Fraktion stieg in die Gasse, benutzte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und verunglimpfte den Verband. Mangels stichhaltiger Argumente wurde gelogen, was das Zeug hielt. Zum Beispiel erschien im „Wertigkeiten“ ein: Notiz, daß der Gauleiter Bener den Arbeitern der Firma Spamer empfohlen habe, ruhig 9 Stunden zu arbeiten. Tatsache ist, daß Bener in der fraglichen Zeit in Berlin war und sein Vertreter die Angelegenheit erst durch die Zeitung erfuhr. Am 17. März 1924 erließen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Notiz, die nur denen verständlich ist, die öfter mit Vorpost, Sindner, Braunlich und Kompanie zusammenkommen. Ihr ist folgendes zu entnehmen:

„Er klettert er weiter. Er war fest und kräftig an Hand und Fuß, und so ging es eine ganze Weile gut; dann aber begann er zu ermüden und hielt öfters inne. Ein Scheinchen kam herabgerollt, gleichsam als Vorbote, und alle, die dastanden, schauten ihm unwillkürlich mit den Augen, bis es unten war. Etwas hellen den Blick nicht aus und gingen. Nur das junge Mädchen stand noch hoch aufgerichtet auf dem Stein und sah händeringend zu dem Flecken empor.“

„Sei froh, denn eben wieder die Hand vor, um zuzufassen — da sah sie deutlich, wie die Hand losließ; er griff rasch mit der anderen zu, doch auch sie allit ab.“

„Woh!“ rief sie, daß es schritt in den Bergen widerhallte, und die anderen stimmten mit ein in den Schreierwiderhall.“

„Er gleitet aus!“ riefen sie und streckten alle, Männer wie Frauen, die Hände nach ihm aus.“

Er glitt wirklich aus und riß Sand, Steine und Erde mit sich in die Tiefe; er glitt und glitt immer tiefer, immer rascher; die Leute wandten sich ab, es klang wie ein Rascheln und Schorren in ihrem Rücken, dann hörten sie einen schweren Fall, wie wenn ein großer Klumpen feuchter Erde herabgestürzt wäre.“

Als sie wieder hinzusehen wollten, sahen sie ihn zerschmettert und unkenntlich daliegen. Die Maid lag auf dem Stein, und ihr Vater trug sie fort.“

nehmen: Alle, die hinter dem Artikelschreiber stehen, sind nicht in der Lage, dem Gang der Verlesung zu folgen. Weiter wird den Prinzipalen mitgeteilt, daß die Mitglieder dem Verbandsabtrünnig werden oder geworden sind. Zuletzt wird das Vorstandsmittglied Grüntaler wegen seiner Stellung zur Kommunistischen Partei Deutschlands in der widerlichen Weise durch den Schlamme gezogen.

Am 22. März 1924 widmete die „Sächsische Arbeiterzeitung“ dem Arbeitererrat ein 60seitiges Sprachgout. Zuerst erdreselt sich der Schreiber, die Demokratie des Verbandes in Frage zu ziehen. Was verstehen die Kommunisten von Demokratie. Wird ihnen doch jetzt sogar die Zeit vorgeschrieben, wann sie das Klotz aufsuchen dürfen. Zweitens wurde der „Fall“ Vorpost aufgeführt, um Stimmung zu machen, obwohl seine eigenen Parteigenossen ihm seinerzeit gefaßt haben, er begehre eine Ochsentat. Noch eine ganze Reihe Verdächtigungen und Beschimpfungen leistete sich Schmierlin, um der kommunistischen Politik unliebsame Personen unendlich zu machen. Das Schimpfregister dieser „sachlichen“ Opposition in den drei Artikeln lautet: Provokateur, alter Fuchs, Schandwert, total betrunkenen Vorstand, Schieber, Demagoogen, Trabant, Postenräger, Subjekte, Verräter. Zu diesen traurigen Nachworten mußten noch Aufsehenstunde zugezogen werden, da der eigene „Geist“ nicht einmal zu diesem Geschmiere gereicht hat. Das Urteil der Generalversammlung war für die Quertreiber hart aber gerecht. Das ging nicht allein aus der über die Schmutzartikel angemessenen Entschuldigungsform, sondern auch aus der Abstimmung bei Wahl des neuen Vorstandes hervor. Für die „Opposition“ wurden ganze 17 Stimmen abgegeben. Es wäre interessant zu erfahren, wie der kommunistischen Fraktion jede einzelne Stimme gekostet hat, sind doch diese Handzettel und große Mengen der die Artikel enthaltenden Zeitungen an die Mitglieder gratis verteilt worden. Trotz aller Mierarbeit wird der graphische Hilfsarbeiterverband wachsen und zu handeln verstehen. Darauf können sich die bezahlten Heiden von Moskau verlassen.

„Gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie!“

Einer uns zur Verfügung gestellten Zuschrift entnehmen wir: Diese Kommunisten entfalten jetzt eine ungeheure Propaganda gegen die Gewerkschaften. Zahllos sind die Rundschreiben, Flugblätter, Mitteilungsblätter usw., welche diesem Zweck dienen. Die dafür nötigen ungeheuren Mittel können nur aus Kaufsänden stammen, denn es ist unmöglich, daß sie von deutschen Arbeitern aufgebracht sind.

Neben diesen Agitationschriften ist auch die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, täglich mit Artikeln über die Zerstörung der Gewerkschaften gefüllt. Auch aus diesen Artikeln geht hervor, daß die Kommunisten sachlich vollkommen außerhande sind, eine Besserung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Dafür ist folgender Absatz aus einem Artikel: „Zur Gewerkschaftsarbeit in der Nummer vom 12. März 1924 ganz charakteristisch: „Es muß etwas geschehen! Das ist die Stimmung breiter Mittelebenen in der Partei und auch die Stimmung in weitesten Kreisen der politisch nicht organisierten Arbeiterschaft, wenn es sich um die Gewerkschaftsfrage handelt.“

Wichtig auch hier wieder: Stimmung ist alles, Verstand ist nichts! Das Kampfbüchlein dieser ganzen Einstellung muß den Arbeitern endlich klar werden. Wenn man das Vorstehende genau beachtet, hat man auch den Schlüssel zu dem weiteren Inhalt des vorgenannten Artikels. Die Berliner Bezirksleitung und der Berliner Brandenburger Zentralvorstand der SPD. haben zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Es wurde eine Entscheidung angenommen: „Die veränderte Lage in den deutschen Gewerkschaften zwingt die SPD. zur Änderung ihrer bisherigen Gewerkschaftspolitik.“ Darum muß für Ende Mai ein Kongress der revolutionären Delegierten der gewerkschaftlich organisierten und auch der gewerkschaftlich nichtorganisierten klassenbewußten Arbeiter der Betriebe einberufen werden, um den Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten zu antworten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das Gerippe für die zu bildenden Industrieverbände liefern. . . . Organisation aller klassenbewußten nichtorganisierten Arbeiter, . . . um gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie den gebührenden Schlag zu führen.“ Diese Redensarten aus der Entschließung enthalten nur einen Gedanken: Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften, der Grundlage der Macht der deutschen Arbeiternehmer.

Rebedüiten.

In der „Germania“ wurde unlängst eine Sammlung von Rebedüiten veröffentlicht, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. In bezug auf das Mieterschutzgesetz meint ein Volksvertreter: „Dieser Gesetzentwurf ist ein toterborenes Kind, das sich im Sande verlaufen hat.“ — Am 23. Ausschuß wendet sich Abgeordneter I. gegen das Sprergesetz mit den Worten: „Das Sprergesetz wird dazu führen, daß das Finanzministerium zu einem gewaltigen Rabauer von lächerlichen Dimensionen wird.“ — Gelegentlich der Beratung des Reichsfinanzgesetzes erklärt der kommunistische Abgeordnete H.: „Es wirkt geradezu wie ein Brechreiz, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzuge, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Dolch schärfen.“ — Ein Deutschnationaler kennzeichnet das Betriebsrätegesetz folgendermaßen: „Dieses Betriebsrätegesetz ist der langsam fließende Quell, der allmählich das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu erdrücken droht.“ — Ein Abgeordneter der Linken erklärt: „Ich kann der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nach mancher Hinsicht den Vorwurf verlegt hat.“ — Ein Unabhänger erklärt: „Die Kennzeichnung will ich den Anarcten machen, daß das Schicksal Deutschlands beziehungsweise der deutschen Jugend in der Hand der Wirtschaft liegt.“ — Ein Demokrat gibt seiner Zustimmung Ausdruck mit den Worten: „Darüber kann doch gar kein Zweifel sein, daß wir bei dieser Vorlage der Regierung rückwärts zustimmen müssen.“ — Ein Vertreter der Rechten wendet sich gegen die Ausführungen eines Kommunisten mit der Erklärung: „Das Kapital und die Großindustrie werden ihre Knochen nicht dazu hergeben, daß die Kommunisten Honig daraus saugen können!“ — Ein Demokrat meint: „Dieses Ermächtigungsgesetz ist der Riesenbandwurm,

den der Reichstag mit großem Widerwillen geschluckt hat!“ — Ein Kommunist ruft entrüstet: „Der Geist Heffersichs ist der nackte Pferdeschweif, welcher am Markte des deutschen Volkes nagt!“ — Eine deutschnationale Größe spricht pa. beißend: „Es geht mit diesem Gesetz wie mit einem Hundschwanz, dem man das Lebenslicht stückweise ausgeblasen hat!“

Am 14. Ausschuß gab ein Zentrumsmann: „Die Bevölkerungspolitik vollzieht sich in einfachen Bahnen, ich werde Ihnen gleich zeigen, wie!“ — Ein Sozialdemokrat erklärt einem bayerischen Abgeordneten gegenüber: „Sie sind der zweite Doktor Fein, welcher sich wie ein roter Faden durch unsere ganze Ernährungspolitik zieht!“ — Der Sozialdemokratische Abgeordnete H. ruft der Zentrumsvorleiterin Frau L. zu: „Frau Kollegin, ich lasse mich von Ihnen nicht verewaltigen!“ — Ein Zentrumsgesandter erhebt im Haushaltsauschluß warnend seine Stimme: „Ich möchte das Auswärtige Amt bitten, bei der Bescheidung der mittleren Beamten mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen!“

Zum Schluß wollen wir noch eine Probe unfreiwilligen Humors eines Redners geben, der auf einer Landvertretung unter stürmischer Heiterkeit folgenden Satz gefaßt aussprach: „Ich kann daher immer nur empfehlen: Benutzung der eigenen Hilfsmittel und Schaffung neuer eigener Hilfsmittel, aber größte Skepsis gegenüber allen außerhalb unseres Bereichs stehenden Leuten, die uns helfen wollen, sonst erwachen wir eines Tages und sind tot.“ — Das ist allerdings der Gipfel; höher geht's nimmer!

Nur wer ein großes Ziel im Auge hat, kann die kleinen entbehren; nur derjenige, den ein Gedanke stark macht, kann leiben; nur wer wartet, kann viel ertragen.

